# Alle Kraft für unser Land!

## UNSER WAHLPROGRAMM

WEIL WIR DEUTSCHLAND LIEBEN!

NPD

Die Nationalen

www.npd-sachsen-anhalt.de

| | |
|---|---|
| Herausgeber: | **NPD-Landesverband Sachsen-Anhalt** |
| | Otto-Spielmann-Str. 65, 38820 Halberstadt |
| Telefon: | 03941- 620 60 92 |
| ePost: | info@npd-sachsen-anhalt.de |
| www: | npd-sachsen-anhalt.de, unser-heyder.de |
| V.i.S.d.P.: | Matthias Heyder |
| | E.i.S. |

# INHALT



VORWORT.....4
**1.** WIRTSCHAFT.....6
**2.** GERECHTIGKEIT UND SICHERHEIT.....12
**3.** BILDUNG UND KULTUR.....18
**4.** KINDER, SENIOREN UND FAMILIE.....22
**5.** JUGEND, SOZIALES UND GESUNDHEIT.....24
**6.** ARBEIT UND WÄHRUNG.....25

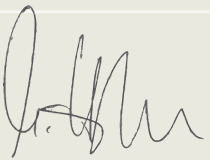
**Liebe Landsleute,**

**im März 2011 wählen Sie einen neuen Landtag**. Damit liegt die Entscheidung über die zukünftige Entwicklung unseres Heimatlandes in Ihren Händen. Die Schwerpunkte, die wir als NPD in den nächsten fünf Jahren für unser Heimatland setzen wollen, haben wir im vorliegenden Programm zusammengefaßt.

**Während die derzeit im Landtag vertretenen Parteien,** die für wirtschaftlichen Niedergang, Stagnation und Abwanderung in Sachsen-Anhalt die Verantwortung tragen, sich dafür auch noch feiern, möchten wir einen anderen Politikstil verwirklichen.

**Es muß anders werden in Sachsen-Anhalt**, damit es besser werden kann. Wir dürfen uns nicht damit abfinden, die Rote Laterne unter allen Bundesländern zu haben. Wir brauchen Ziele und Perspektiven. Wir brauchen einen neuen Aufbruch, nur dann schaffen wir das Umfeld, in dem die jungen Leute in ihrer Heimat bleiben.

# **VOR**WORT



MATTHIAS **HEYDER**
NPD-Spitzenkandidat zur Landtagswahl



**Was uns von anderen Parteien unterscheidet**, läßt sich in einem Satz zusammenfassen: Bei allen Entscheidungen der Politik hat das Wohl des deutschen Volkes - und nur dieses - im Mittelpunkt zu stehen.

**Weiterhin muß die Arbeit zu den Menschen kommen** und mittelständische Betriebe müssen besser gefördert werden als heimatlose Großkonzerne.

**Ich garantiere Ihnen eine bürgernahe, geradlinige Politik** für die Deutschen in diesem Land. Geben Sie mir und der NPD die Möglichkeit, einen frischen Wind in den Landtag zu tragen.

**Helfen Sie mit**, die abgewirtschafteten Altparteien vor uns her zu treiben. Geben Sie uns Ihr Vertrauen und Ihre Stimme für eine bessere, eine transparentere, eine nationalere Politik in Sachsen-Anhalt.

# 1. WIRTSCHAFT

## Regionale Wirtschaftskreisläufe statt globaler Spekulation!

Die global agierende Finanzwirtschaft hat Deutschland in die seit Jahren anhaltende Wirtschaftskrise gerissen. Die wesentlichen Ursachen dieser Entwicklung liegen in der Entkopplung von Unternehmertum und Verantwortung sowie in einer nicht vorhandenen Raumgebundenheit des Kapitals. Wir wollen diese Art des globalisierten und unverantwortlichen Wirtschaftens durch den Aufbau eines funktionsfähigen und starken Mittelstandes beschränken. Nur die mittelständische Wirtschaft garantiert die Reaktivierung und Aufrechterhaltung regionaler und lokaler Wirtschaftskreisläufe und bindet den Unternehmer direkt an Erfolg bzw. Mißerfolg seines wirtschaftlichen Handelns.

## Prüfung der Mittelvergabe - Mittelstand zuerst!

International tätige Konzerne schaffen nur kurzfristig Arbeitsplätze, da ihre Tätigkeit nicht an Volk und Ort gebunden ist. Hohe Subventionssummen können nur zeitlich beschränkt die Arbeitsplatzverlagerung ins Ausland verhindern. Wir Nationaldemokraten wollen stattdessen eine nachhaltige Wirtschaftsförderung und die Bindung von Produktivkapital an den jeweiligen Ort der Tätigkeit. Wir setzen uns daher für die Überprüfung der Subventionsgelder an internationale Konzerne ein und fordern eine nachhaltige staatliche Unterstützung und steuerliche Entlastung von klein- und mittelständischen Unternehmen in Sachsen-Anhalt.

# 1. WIRTSCHAFT



## Für ein nachhaltiges Mittelstandsförderungsprogramm!

Klein- und mittelständische Unternehmen sind das Rückgrat der Volkswirtschaft in Sachsen-Anhalt. Sie garantieren die Bindung der Wirtschaft an die regionalen Wirtschaftskreisläufe und schaffen dadurch Beschäftigungsfelder und Arbeitsplätze. Der Aufbau eines Mittelstandsförderungsprogramms mit dem Ziel der steuerlichen Entlastung von mittelständischen Unternehmen und der finanziellen Unterstützung und Begleitung von Neugründungen ist unser Ziel. Wir werden die bürokratischen Hürden für Unternehmer beseitigen und Ausgleichszahlungen für die zu hohen Lohnnebenkosten einführen.

## Nein zur Arbeitnehmerfreizügigkeit!

Eine sofortige Herstellung der Freizügigkeit für Arbeitnehmer aus östlichen EU-Ländern, wie von den Etablierten gefordert, ist eine soziale Zeitbombe. Sie stellt eine Einladung an Hunderttausende von Osteuropäern dar, in Massen Richtung Westen zu strömen. Deshalb fordert die NPD statt der Schutzschirme für Banken einen Schutzschirm für Arbeit. Wir verlangen, die Beschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit über das Jahr 2011 hinaus beizubehalten.

## Gerechtigkeit für den Mittelstand – Heimische Unternehmen zuerst!

Sachsen-Anhalt braucht den einheimischen Mittelstand! Die Aufrechterhaltung der regionalen Wirtschaftskreisläufe kann nur vom

# 1. WIRTSCHAFT

Mittelstand garantiert werden. Wir fordern die Abschaffung der EU-weiten Ausschreibungspraxis. Öffentliche Aufträge sind bevorzugt an heimische Unternehmen zu vergeben. Wir brauchen darüber hinaus ein Mittelstandsförderungsprogramm, das auferlegte Steuern kompensiert und Neugründungen nachhaltig unterstützt. Denn letztlich befinden sich die mittelständischen Steuerzahler vor Ort und sorgen somit dafür, daß der erwirtschaftete Gewinn im lokalen Wirtschaftskreislauf verbleibt und nicht als Folge der Globalisierung in internationalen Kanälen verschwindet.

## Regionale Landwirtschaftserzeugnisse statt Drittländer-Importe!

Landwirte produzieren unsere qualitativ hochwertigen Lebensmittel, sie schaffen vielfältige und intakte Kulturlandschaften und geben mit dem Anbau nachwachsender Rohstoffe wichtige Impulse für Wirtschaft und Arbeit in ländlichen Räumen. Die deutschen Bauern wirtschaften nachhaltig mit hohem Einsatz, sie setzen Wissen und Technik verantwortungsvoll im Umgang mit Tier und Umwelt ein.

Landwirtschaftliche Erzeugnisse müssen rentable Abnehmerpreise erzielen! Der Verfall der Preise geht Hand in Hand mit dem Verfall der Qualität der Lebensmittel. Die Stabilisierung der Milchpreise muß mit Hilfe von Marktsteuerungsinstrumenten wie Beihilfen, Erstattungen und Interventionen sofort erfolgen. Darüber hinaus wollen wir den Absatz der heimischen Produkte im regionalen Wirtschaftskreislauf fördern. Nur so kann der Import von vor Ort produzierbaren Landwirtschaftserzeugnissen aus dem Ausland verringert werden.

## Ökologischer Landbau statt Gentechnik!

Um dauerhaft das Vertrauen unserer Bürger in die Qualität der Lebensmittel zu sichern, ist es notwendig, auf ein hohes Maß an Kontrollsicherheit hinzuwirken. Hier sind heimische Produkte gegenüber denen aus Drittländern zu bevorzugen. Eine Förderung des ökologischen Landbaus innerhalb der Agrarumweltprogramme der Bundesländer muß bis zum Ende der aktuellen EU-Finanzierungsperiode im Jahr 2013 und auch über diese Zeit hinaus aufrecht erhalten bleiben. Förderungsbedingte Wettbewerbsnachteile gegenüber anderen Erzeugerländern sind zu vermeiden.

Die „grüne Gentechnik" hat nichts mit klassischer Züchtung von Pflanzen zu tun. Um der Verantwortung gegenüber Mensch, Tier und Umwelt gerecht zu werden, ist eine risikobehaftete Manipulation von Pflanzen unzulässig und abzulehnen.

## Neue Industrien aufbauen – Erneuerbare Energien fördern

Die Wende und der mit ihr einhergehende Strukturwandel traf Sachsen-Anhalt mit seiner traditionellen Großindustrie besonders hart. Hunderttausende Arbeitsplätze, insbesondere in der Braunkohleförderung und -verarbeitung, in der chemischen Industrie und im Maschinenbau brachen weg, was nicht zuletzt auf eine völlig verfehlte Privatisierungspolitik der Treuhand zurückzuführen war. Seit zwei Jahrzehnten hat Sachsen-Anhalt deshalb mit einer Massenarbeitslosigkeit zu kämpfen, die noch ausgeprägter ist als in anderen Teilen Mitteldeutschlands.

# 1. WIRTSCHAFT

**Eines der wenigen Beispiele für einen geglückten wirtschaftlichen Strukturwandel ist die Entwicklung bei den Erneuerbaren Energien in Sachsen-Anhalt – von der Windkraft bis zur Solarenergie. In Thalheim bei Wolfen steht mittlerweile die größte Solarzellenfabrik Europas, aber auch zahlreiche andere sachsen-anhaltinische Unternehmen haben sich in dieser zukunftsträchtigen Branche etabliert und viele Arbeitsplätze geschaffen.**

Diese Aufbauerfolge sind nun bedroht, weil eine schnellere Absenkung der Einspeisevergütung im Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) beschlossen wurde – Zuschüsse für Solaranlagen auf Dächern werden nun um 16 Prozent gekürzt, Anlagen auf freien Flächen erhalten 15 Prozent weniger.

Die NPD fordert demgegenüber eine Beibehaltung der im ursprünglichen Gesetzestext vorgesehenen Absenkung der Förderung um jährlich 9 Prozent – damit die für Sachsen-Anhalt so günstige Branchenentwicklung bei den Erneuerbaren Energien nicht vorzeitig abgewürgt wird!

## Bürgerarbeit ja – aber bitte zu existenzsichernden Löhnen!

Viele Langzeitarbeitslose haben auf dem Arbeitsmarkt immer schlechtere Karten, weil durch den Einsatz von Robotern und der modernen Informationstechnologie immer weniger menschliche Arbeitskraft für die Produktionsabläufe in den Unternehmen benö-

tigt wird. Deshalb ist es grundsätzlich zu begrüßen, wenn über das Projekt der Bürgerarbeit neue Arbeitsmöglichkeiten für Arbeitslose insbesondere im kommunalen Bereich entstehen.

Nach Berechnungen des „Zentrums für Sozialforschung Halle“ (zsh) wird Bürgerarbeit bei einer monatlichen Arbeitszeit von 130 Stunden aktuell in Sachsen-Anhalt und in Thüringen im Durchschnitt mit 710 Euro vergütet, dies entspricht einem Stundenlohn von 5,46 Euro brutto. Dies bedeutet, daß die Bürgerarbeit, wie sie derzeit in Sachsen-Anhalt praktiziert wird, nur zu einer Ausweitung des Niedriglohnsektors führt, aber keine Arbeitsplätze zu existenzsichernden Löhnen geschaffen werden.

**Die NPD sagt: Arbeit darf nicht arm machen! Es ist zwar richtig, im kommunalen Sektor über Projekte der Bürgerarbeit das Stellenangebot zu vergrößern, aber auch hier müssen existenzsichernde Löhne gezahlt werden!**

# 2. GERECHTIGKEIT UND SICHERHEIT

## Kein Krieg - Kein Geld ins Ausland - Deutschland zuerst!

Deutsche Steuergelder fließen in Millionenhöhe in internationale Kriegsseinsätze und dann erneut in den Wiederaufbau der vorher zerstörten Länder. Wir wollen den Abzug aller deutschen Soldaten aus dem Ausland und die Beendigung von Kriegseinsätzen. Wir fordern Arbeitsplätze statt Kriegseinsätze! Deutschland zuerst!

## Echte Demokratie – Volksentscheide!

Die alten Parteien reden gerne und oft von gelebter Demokratie. Stattdessen haben wir nur alle fünf Jahre die Möglichkeit, die Zusammensetzung des Landtages für weitere fünf Jahre zu bestimmen. Bei wichtigen Entscheidungen wird das Volk nie befragt. Dies war nicht nur beim deutschen Einigungsprozess 1990 der Fall, sondern auch bei den Themen EU-Verfassung und Einführung der europäischen Einheitswährung. Die NPD fordert die Einführung von Volksentscheiden auch auf Landesebene bei zentralen Fragen der Landespolitik. Darüber hinaus fordern wir die Direktwahl des Ministerpräsidenten und eine Bundesratsinitiative zur Direktwahl des Bundespräsidenten!

## Steuerverschwendung ist Verschwendung von Volksvermögen - Gerechtigkeit zuerst!

Ungeachtet der Tatsache, daß die Verschwendung von Steuern in Deutschland jährlich ca. 30 Milliarden Euro beträgt, besteht für Steuerverschwendung durch politische Fehlentscheidungen Straffreiheit.

# 2. GERECHTIGKEIT UND SICHERHEIT



Ebenso wie bei der Verkopplung von Politik und wirtschaftlichem Handeln fordern wir einen verantwortungsbewußten Umgang mit Steuern. Dieser kann nur garantiert werden, wenn Steuerverschwendung genauso geahndet wird wie Steuerhinterziehung! Die Urheber, also die Politiker selbst, haben dafür persönlich zu haften!

## Unsere Heimat ist unsere Identität – Abschaffung der Einheitsgemeinden!

Die Gemeinden in Deutschland haben eine lange Tradition. Diese beruht auf der politischen Eigenständigkeit der Selbstverwaltung als kleinste organisatorische Einheit. Ihre Entwicklungsgeschichte hat über Jahrhunderte dazu beigetragen, eine eigene Identität der Bürger über ihre Heimat zu entwickeln. Wir sind die soziale Heimatpartei, die diese Identität schützen will. Wir fordern daher, den unter Druck zustande gekommenen Einheitsgemeinden die Möglichkeit zu geben, ihre ursprünglichen Strukturen (Einzelgemeinde, Verwaltungsgemeinschaft) wieder herzustellen. Die Ergebnisse der Kreisgebietsreform sind einer grundlegenden Überprüfung zu unterziehen und, wenn nötig und möglich, zu revidieren.

## Der Skandal um Lutz Battke – Die Hetzjagd auf Andersdenkende in Sachsen-Anhalt

Lutz Battke hat es zu deutschlandweiter Bekanntheit gebracht. Der Grund: Battke arbeitet hauptberuflich als Schornsteinfeger und das Land Sachsen-Anhalt will ihm wegen seiner Tätigkeit als

parteiloser Abgeordneter für die NPD im Kreistag des Burgenlandes die Kehrlizenz entziehen, obwohl Battke seine Arbeit immer zur Zufriedenheit seiner Kunden erledigt hat. Zwar entschied das Verwaltungsgericht Halle im April 2010, daß der Entzug der Kehrlizenz nicht gerechtfertigt war, das Land Sachsen-Anhalt hat jedoch Berufung gegen das Urteil eingelegt.

**Im August 2010 entfachten die Spitzen der Landesregierung von Sachsen-Anhalt sowie ein von unfähigen Funktionären in den Bankrott getriebener Landessportbund und der Deutsche Olympische Sportbund dann ein wochenlanges Kesseltreiben gegen den beliebten Kommunalpolitiker, um ihn als Fußballtrainer aus dem von ihm mitgegründeten Sportverein zu drängen.**

## „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden“

Dies ist ein seit der Wiedergründung des Landes Sachsen-Anhalt einmaliger Vorgang: Die etablierte politische Kaste setzt alles daran, einen unbescholtenen Bezirksschornsteinfegermeister aus seinem Amt zu entfernen und ihm überdies seine langjährige und erfolgreiche ehrenamtliche Tätigkeit als Jugendtrainer in einem Sportverein zu untersagen. Der Grund: Er engagiert sich erfolgreich als Kommunalpolitiker im Gemeinderat seiner Heimatstadt Laucha und im Kreistag!

Der „Fall Battke“ zeigt, wie bedroht die Grundrechte in Sachsen-Anhalt mittlerweile sind. „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersden-

kenden“ – diese bekannte Aussage von Rosa Luxemburg scheint in Sachsen-Anhalt mittlerweile nicht mehr zu gelten. Der jährlich mit Millionensummen aus dem Staatssäckel geförderte „Kampf gegen Rechts“ zielt darauf ab, alle Andersdenkenden im Land durch die Zerstörung ihrer beruflichen und sozialen Existenz zu bestrafen und mundtot zu machen.

## Bürgerrechte stärken – Vereinsförderung statt „Kampf gegen Rechts“

In Sachsen-Anhalt müssen die Bürgerrechte gestärkt und die Hetzjagd auf Andersdenkende beendet werden. Der „Kampf gegen Rechts“ verstößt gegen das Demokratie- und Gleichbehandlungsprinzip – der Rechtsstaat darf nicht zum Gesinnungsstaat werden. Deshalb fordert die NPD die Förderung des Sport- und Vereinslebens in Sachsen-Anhalt statt der Steuergeldverschwendung für den „Kampf gegen Rechts“. Die Förderung von Vereinen muß nach dem Kriterium ihrer Gemeinnützigkeit und darf nicht nach politischen Kriterien erfolgen!

## Stärkung der Feuerwehr und Polizei - Sicherheit zuerst!

Die von der Landesregierung verantwortete Polizeistrukturreform muss überarbeitet werden, da sie die innere Sicherheit der ländlichen Regionen Sachsen-Anhalts beeinträchtigt hat. Wir fordern eine größere Dichte der Polizeireviere und den Erhalt der freiwilligen Feuerwehren auf dem Lande.

# 2. GERECHTIGKEIT UND SICHERHEIT

Polizisten sind die Garanten von Sicherheit und Ordnung. Sie müssen daher auch wieder als Respektspersonen im öffentlichen Leben wahrgenommen werden. Wir setzen uns deshalb für eine Stärkung der Polizei ein. Darüber hinaus fordern wir ein härteres Strafmaß bei Vergehen gegen die Ordnungsmacht.

## Landesdatei für Sexualstraftäter

Kinderpornographie und die Taten Pädophiler sind härter zu ahnden. Auffällig gewordene Sexualstraftäter sind in eine landesweite Datei aufzunehmen. Melde- und Aufenthaltsauflagen sowie der Einsatz elektronischer Fußfesseln haben den Maßnahmekatalog zu ergänzen. Die NPD befürwortet eine bundesweite Anwendung dieser Maßnahmen.

## Kein Multi-Kulti in Sachsen-Anhalt!

Im Westen Deutschlands und im Westen Berlins wird es immer schlimmer und schlimmer! Viele Stadtteile in westdeutschen Großstädten sind mittlerweile fast vollständig von Ausländern bewohnt, die die deutsche Kultur verachten und sich in Parallelgesellschaften absondern. Diese westdeutschen Stadtteile sind geprägt durch Phänomene wie Abschottung, Radikalisierung, Bildungsmangel, Zwangsehen, Ehrenmorde und Bandenkriminalität und werden von den letzten Deutschen fluchtartig verlassen.

Wer die westdeutschen Verhältnisse kennt, der weiß, daß Sachsen-Anhalt niemals multikulturell werden darf! Es ist das größte Kapital des Landes Sachsen-Anhalt, daß es noch von deutschen Menschen

bewohnt wird und von deutscher Kultur geprägt ist. Noch ist der Ausländeranteil in Sachsen-Anhalt, insbesondere in den ländlichen Räumen, sehr gering, aber in den Großstädten zeigen sich mittlerweile auch in Mitteldeutschland erste Ansätze zur Bildung von Parallelgesellschaften. Die Bürger in Sachsen-Anhalt sollen jedenfalls schon einmal auf die multikulturelle Gesellschaft eingestimmt werden: So hallte im Herbst 2010 schon einmal der Muezzinruf durch Halle – die Aktion war Teil eines „Kunstfestivals".

**Deshalb fordert die NPD:**

- Asylbewerber, deren Antrag von einem deutschen Gericht abgelehnt wurde, müssen unverzüglich wieder in ihre Heimat zurückgeführt werden.

- Die Landesregierung muß endlich die genaue Zahl der sich illegal in Sachsen-Anhalt aufhaltenden Ausländer ermitteln und diese in ihre Heimat abschieben.

- Sachsen-Anhalt braucht ähnlich wie Kärnten eine Bauverordnung, die den Bau von Minaretten und Großmoscheen ausschließt. Eine Ausbreitung des radikalen Islams in Sachsen-Anhalt muß von vornherein verhindert werden.

# 3. BILDUNG UND KULTUR

## Schulsystem, kostenfreies Lernen und identitätsstiftender Unterricht

Eine moderne und zugleich traditionsorientierte allgemeine Bildung und fachorientierte Ausbildung sind die wesentlichen Elemente zur Zukunftssicherung der deutschen Innovations- und Wirtschaftskraft. Die Bildung darf daher nicht auf dem Altar politisch-ideologischer Experimente geopfert werden, so wie es die wechselnden Landesregierungen seit 1990 getan haben.

Nur die Leistungsfähigkeit eines Schülers darf über den Besuch einer entsprechenden Schulart entscheiden, nicht die soziale Herkunft. Wir bekennen uns zum dreigliedrigen Schulsystem, das Schüler entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit unterrichtet und frühestmöglich die individuellen Stärken der Schüler fördert. Zugleich erachtet es die NPD als unsinnig, daß möglichst viele Schüler Gymnasien besuchen und so das Abitur völlig entwertet wird. Die Zugangsvoraussetzungen für Gymnasien sind deshalb zu erhöhen. Zugleich müssen der Unterricht und die Bildungsinhalte an den Sekundarschulen verbessert werden, damit hier wieder vollwertige und anerkannte Abschlüsse erlangt werden können.

Weiterhin bekräftigen wir unsere Forderung nach einem bundeseinheitlichen Schulsystem, so daß Leistungs- und Anerkennungsdefizite zwischen den Ländern beseitigt werden. Im Geschichtsunterricht ist den Schülern ein historisch wahrhaftiges Bild von der Vergangenheit des eigenen Volkes zu vermitteln – ohne den heute üblichen Schuld- und Sühnekult. Die Hetze gegen Teile des politischen Spektrums, z.B. im Rahmen des Gesellschaftskundeunterrichts, hat zu unterblei-

ben. Die Schüler sind im Sinne der Meinungs- und Gewissensfreiheit zu erziehen, statt politisch zu indoktrinieren.

Angesichts der bestehenden staatlichen Schulpflicht müssen kostenlose Schülerbeförderung und die Lernmittelfreiheit künftig in Sachsen-Anhalt eine Selbstverständlichkeit sein. Die NPD tritt für die Erhaltung des bestehenden Schulnetzes ein, das nach den zahlreichen Schulschließungen der vergangenen Jahre ohnehin ausgedünnt ist. Es ist untragbar, dass die täglichen Schulwege auf dem Land häufig mehrere Stunden umfassen!

Die Lehrpläne müssen des weiteren um kostenfreie Kulturveranstaltungen wie Kabarett-, Theater- und Museumsbesuche ergänzt werden. Darüber hinaus unterstützen wir die Wiedereinführung der Kopfnoten.

## Lehrerausbildung

Die derzeitige Lehrerausbildung in Sachsen-Anhalt verläuft weitgehend planlos. Die meisten Universitätsabsolventen finden in ihrem Bundesland keine Beschäftigungsmöglichkeit, obwohl ein Lehrermangel in den nächsten Jahren zu erwarten ist. Wir fordern eine Personalplanung, die nachhaltig wirkt und die hier ausgebildeten Fachkräfte im Lande hält.

Die Lehrerbildung muß stärker als bisher darauf ausgerichtet werden, den Schülern auch sogenannte „Sekundärtugenden“, die das Feld der charakterlichen Formung berühren – etwa Zuverlässigkeit, Pünktlichkeit, Höflichkeit usw. – wieder mit größerem Nachdruck na-

hezubringen. Die Bildungsgrundsätze sollten nicht nur nach Marktbedürfnissen ausgerichtet werden, sondern den Schülern die Werte unseres Gemeinwesens vermitteln, sie zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten erziehen und Herz, Sinne, Leib und Verstand bilden. Nicht nur die Bildung des Kopfes, sondern auch die Bildung des Herzens sollte angestrebt werden!

## Überfremdungsstopp und freie Schulwahl!

Das Bestehen eines Sprachtests als Bestandteil der Einschulungsuntersuchung ist Voraussetzung für den Schulbesuch. Die NPD lehnt die gemeinsame Unterrichtung deutscher und ausländischer Schüler ab, wenn infolge mangelhafter Deutschkenntnisse die Gefahr besteht, daß das Unterrichtsniveau abgesenkt und die Sprach- und Lesefähigkeit auch der deutschen Schüler beeinträchtigt wird. In Sachsen-Anhalt ist kein Platz für ein von geringer Lernmotivation und Respektlosigkeit gegenüber Autoritätspersonen geprägtes Unterrichtsklima! Da es besorgten Eltern derzeit allerdings nicht möglich ist, ihr Kind frühzeitig diesen Bedrohungen zu entziehen, plädieren wir daher für die freie Schulwahl ab der ersten Klassenstufe.

## „Nein!“ zum Bachelor – „Ja!“ zum Diplom und Magister!

Wir orientieren uns am Humboldtschen Ideal der Hochschulausbildung. Eine Ökonomisierung und Verschulung des Studiums lehnen wir ab! Die in der ganzen Welt anerkannten und angesehenen deutschen Hochschulabschlüsse „Diplom“ und „Magister“ zeichnen uns

als Land der Dichter und Denker aus. Wir fordern den Erhalt der bewährten Abschlüsse und die Rücknahme der neu eingeführten Abschlüsse „Bachelor“ und „Master“ sowie des sich dafür verantwortlichen Bologna-Prozesses. Darüber hinaus lehnen wir die Einführung von Studiengebühren ab.

### Landesstipendienprogramme statt Heimkehrer-Pakete!

Während die Landesregierung Heimkehrer-Pakete für ausgewanderte Sachsen-Anhalter schnürt, wollen wir einen zukunftsfähigen Mittelstand in unserem Land etablieren. Zu Deutschlands wichtigsten Ressourcen gehört eine ausgezeichnete Bildung. Sie muß weitaus stärker gefördert und ihre Träger im Lande gehalten werden. Wir wollen ein disziplinübergreifendes Landesstipendienprogramm mit dem Ziel einer Kopplung der Hochschulausbildung an eine zeitlich begrenzte Arbeitsplatzbindung in Sachsen-Anhalt.

### Heimat- und Kulturvereine statt Integrations-Förderung!

Kulturvereine in Sachsen-Anhalt sind der Garant für die Identifikation mit unserer Heimat. Ihnen wird viel zu wenig Beachtung und vor allem zu wenig Unterstützung zu teil. Stattdessen werden multikulturelle Integrationsprojekte seit Jahren mit mehreren Millionen Euro gefördert. Wir wollen, daß sich dieses Verhältnis umkehrt und die Förderung von deutschen Heimatvereinen zu einem Schwerpunkt der sachsen-anhaltischen Kulturpolitik wird.

# 4. KINDER, SENIOREN UND FAMILIE

## Kinderreichtum darf nicht in die Armut führen!

Die Unterstützung und Entlastung von Familien muß einen deutlichen Bedeutungszuwachs in der Sozialpolitik erfahren. Die moderne Form der Enteignung von jungen Familien durch falsche Steuerpolitik für Familien muß ein Ende haben! Wir wollen, daß landesweit Kindergartenplätze kostenlos zur Verfügung stehen. Die Kinderbetreuung bei Erwerbstätigkeit der Eltern muß eine staatliche Aufgabe bleiben. Unbeachtet vom Einkommen der Eltern setzen wir uns für ein gleiches Kindergeld für alle deutschen Kinder bis zum 27. Lebensjahr ein.

## Familienförderungsprogramm statt Zusehen beim „demographischen Wandel“!

Die Formulierung „demographischer Wandel“ ist eine Verschleierung der tatsächlich auf Deutschland zusteuernden bevölkerungspolitischen Katastrophe. Es werden weniger Kinder geboren, die zukünftig eine wachsende Zahl von Senioren ernähren müssen. Dies ist das Resultat einer seit Jahrzehnten andauernden fehlgeleiteten und ungerechten Familienpolitik.

Wir werden dem mit einem Familienförderprogramm begegnen, dessen Ziel die Ansiedlung deutscher Familien in Sachsen-Anhalt sein wird. Wir fordern die Anerkennung der Tätigkeit als Mutter mit einem entsprechenden Müttergehalt sowie ein für jedes Kind rentenversicherungsfähiges Anrechnungsjahr. Für jedes Neugeborene fordern wir die Einführung eines Begrüßungsgeldes in Höhe von 500,- Euro.

# **4.** KINDER, SENIOREN UND FAMILIE



## Altern in Würde statt Altern in Armut!

Laut einer Studie des Deutschen Instituts für Altersvorsorge ist jeder Dritte von Armut im Alter bedroht. Wir fordern eine gesetzliche Mindestrente von 800,- Euro und lehnen die auf der Grundlage der Hartz-Gesetzgebung berechnete Grundsicherung im Alter ab. Weiterhin wollen wir die Verankerung des Rechts auf eine würdevolle Pflege im Alter in der Landesverfassung und setzen wir uns für die Abschaffung des Zugriffs auf das Privatvermögen der Angehörigen im Pflegefall der Eltern ein.

Die Zahl der Pflegebedürftigen wächst in Sachsen-Anhalt dramatisch, während die Zahl der dafür ausgebildeten Fachkräfte nahezu unverändert bleibt. Dies wird mittelfristig zu einem Qualitätsverlust in der Pflegebranche führen. Wir wollen dem mit einer Ausbildungsoffensive in den Pflegeberufen begegnen. Darüber hinaus erachten wir es als geboten, Pflegeeinrichtungen und Pflegedienste unter kontinuierliche staatliche Aufsicht zu stellen.

# 5. JUGEND, SOZIALES UND GESUNDHEIT

## Jugendvorsorge statt Jugendnachsorge!

Jugendliche befinden sich in einer Lebenslage, in der wegweisende Entscheidungen für das zukünftige Leben getroffen werden. Die Politik hat die Aufgabe, Verantwortungsübernahme bei Jugendlichen so zu fördern, daß sie auf die Herausforderungen des Lebens vorbereitet sind. Statt Gelder in die Re-Integration von Jugendlichen zu investieren, die bereits eine fehlerhafte Entwicklung genommen haben, wollen wir die Förderung der Eigeninitiative und Eigenverantwortung durch den flächendeckenden Aufbau von selbstverwalteten Jugendclubs. Die einseitige Förderung linkslastiger Projekte ist zu beenden.

## Landesjugendparlament statt Politikverdrossenheit!

Sinkende Wahlbeteiligung und Desinteresse an den politischen Prozessen sind Belege für eine zunehmende Politikverdrossenheit. Wir wollen ein Landesjugendparlament etablieren, das wirkliche Befugnisse und einen eigenen kleinen Haushalt hat, um bei Jugendlichen das Gefühl für politische Verantwortung zu wecken. Das bisherige Jugendparlament wurde von den Altparteien an der kurzen Leine gehalten.

## Förderung des Breitensports!

Die als Zivilisationskrankheiten bezeichneten gesundheitlichen Beeinträchtigungen sind oft auf mangelnde Bewegung zurückzuführen. Wir wollen eine umfangreiche Förderung des Breitensports erreichen. Sportvereine sind durch regelmäßige Zuwendungen zu unterstützen.

# **6.** ARBEIT UND WÄHRUNG



## Arbeit und Ausbildung schafft Identität!

Tägliches Schaffen formt die Identität eines jeden Einzelnen und gibt somit Raum zur Verankerung in der Gesellschaft. Einer geregelten Arbeit nachzugehen bedeutet auch, sich Freiheit zu verschaffen – sowohl in materieller Hinsicht, als auch zur Stärkung des Selbstwertgefühls. Wir Nationaldemokraten setzen uns daher für ein Recht auf Arbeit sowie Ausbildung und auch für eine Pflicht zur Arbeit ein! Die Hartz-IV-Gesetzgebung, müheloses Einkommen für Arbeitsunwillige und die Etablierung von Zeit- und Leiharbeit als Ersatz des sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses lehnen wir strikt ab.

## Nein zum Sparpaket! Wir zahlen nicht für Eure Krise!

Bis 2014 sollen mit Hilfe des im Frühjahr 2010 beschlossenen Sparpaketes 80 Milliarden Euro eingespart werden. Von den Sparmaßnahmen betroffen sind dabei vor allem Arbeitslose und Familien, ebenso die Empfänger von Wohngeld. Während hohe dreistellige Milliardensummen für Euro- und Bankenrettungspakete ausgegeben werden, sollen nun ausgerechnet die kleinen und mittleren Einkommensschichten die Kosten für Großbanken, die sich verspekuliert haben, und für völlig überschuldete EU-Staaten in Südeuropa bezahlen. Während man den Großspekulanten in den Banken und südeuropäischen Bankrottstatten weiter den roten Teppich ausrollt, werden bei einkommensschwächeren Landsleuten Heizkostenzuschüsse, Übergangsgelder und bestimmte Rentenzuschüsse für Empfänger des Arbeitslosengeldes II zusammengestrichen. Von den

Rentenkürzungen sind damit wiederum vor allem Personen betroffen, die beim Eintritt in die Altersversorgung noch Arbeitslosengeld II beziehen, womit ganz gezielt die Altersarmut gefördert wird, während man gleichzeitig für Arbeitslose beispielsweise durch die Einführung eines flächendeckenden und branchenunabhängigen Mindestlohns keine Perspektiven für den Wiedereinstieg ins Erwerbsleben bietet.

Deshalb fordert die NPD: Die Überschuldung der öffentlichen Haushalte darf nicht durch eine Kürzungsorgie bei Arbeitslosen, Geringverdienern, Rentnern und Kindern zurückgefahren werden. Um die weitere Ausweitung des Niedriglohnsektors zu stoppen, braucht Deutschland endlich – wie fast alle anderen europäischen Staaten auch – einen flächendeckenden und branchenunabhängigen Mindestlohn.

## DM statt Euro!

Was wird nur aus unserem Geld? Diese Frage stellen sich viele Bürger immer häufiger. Im Mai 2010 geschah Ungeheuerliches: Obwohl Bund, Länder und Kommunen in Deutschland selbst unter einem Schuldenberg von fast zwei Billionen Euro ächzen und unter diesem fast zusammenbrechen, nahm die deutsche Regierung nochmals Schulden in Milliardenhöhe auf, um damit die Konkursverschleppung von faktisch zahlungsunfähigen Staaten wie Griechenland, Portugal, Spanien und Italien auf Kosten des deutschen Steuerzahlers noch einige weitere Jahre zu finanzieren. Die Deutschen ahnen, daß sie nun von den eigenen Politikern zur Schlachtbank geführt werden, um für die hemmungslose Schuldenmacherei der Italiener, Spanier,

Portugiesen und Griechen zu bluten und sind in ihrer übergroßen Mehrzahl gegen die Finanzhilfen.



Diese Entwicklung war zwangsläufig vorhersehbar. Die verschiedenen Staaten des Euro-Raumes weisen zu unterschiedliche volkswirtschaftliche Rahmenbedingungen - beispielsweise unterschiedliche Inflationsraten sowie unterschiedliche Zins- und Produktivitätsniveaus auf, als daß sich für sie ein passender Geldmantel durch die Europäische Zentralbank (EZB) schneidern ließe. **Das Scheitern der Europäischen Währungsunion war deshalb von Anfang an vorhersehbar!**

### Deshalb fordert die NPD:

- Griechenland hat sich nur durch eine dreiste und kontinuierliche Fälschung der eigenen volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in die Währungsunion geschummelt. Griechenland und andere südeuropäische Schulden-Staaten müssen deshalb aus der Europäischen Währungsunion ausgeschlossen werden. **Es muß wieder das Prinzip gelten: Selbsthilfe statt deutscher Finanztransfers.**

- Eine Rückkehr zur Deutschen Mark ist notwendig. Sie garantierte den Deutschen jahrzehntelang Wohlstand und Geldwertstabilität. **Wenn Deutschland nicht zur Mark zurückkehrt, dann bleibt es ewiger Zahlesel in einer Transferunion!**

Wahltag
ist Zahltag!